

Im russischen Wahlkampf ist Atheismus verpönt

Kommunisten werben um Christen

Paul Roth

Die Dumawahlen sind gelaufen. Die Kommunistische Partei Sjuganows (KPRF) stellt die stärkste Fraktion der Duma. Geht man davon aus, dass fünfzig Prozent der Bevölkerung Russlands sich zu einer Religion bekennen, so müssen auch zahlreiche Gläubige, zahlreiche Christen für die KPRF gestimmt haben. Das Buhlen Sjuganows um Stimmen orthodoxer Christen ist anscheinend nicht ergebnislos geblieben.

Jetzt geht es im Jahre 2000 um die Präsidentschaftswahl. Jelzin hat Ende 1999 auf sein Amt verzichtet. Nun wird die vorgezogene Präsidentschaftswahl im Frühjahr sein. Sjuganow wird sich – wie 1996 – wieder als Präsidentschaftskandidat aufstellen lassen. Putin hat die besten Chancen, Sjuganow wird sich weiter eifrig um die Stimmen von Christen bemühen, zumal Putin bisher keine besonderen Wohlwollenszeichen gegenüber dem Patriarchat gezeigt hat.

Wenn kein außergewöhnliches Ereignis eintritt, wird Putin die Wahl gewinnen. Hätte Sjuganow nach der Dumawahl am 19. Dezember bereits gewusst, dass Jelzin sein Amt zum Jahresende niederlegen würde, hätte er vielleicht auf die Lobesworte für Stalin am 22. Dezember verzichtet.

Die Kommunistische Partei hat den Zerfall der Sowjetunion und ihr vorübergehendes

Verbot überwunden. Allerdings haben sich die Kommunisten in verschiedene Parteien und Bewegungen aufgesplittert. Die stärkste darunter ist die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) unter Sjuganow. Sie ist die größte und am besten organisierte Partei in Russland, da die alten Strukturen erhalten geblieben sind. Sie hat 400 000 bis 500 000 Mitglieder. Sjuganow ist es nicht gelungen, alle anderen kommunistischen Parteien mit der KPRF zu verschmelzen, und selbst in der KPRF gibt es verschiedene Flügel.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion hat über Jahrzehnte hinweg alle Religionsgemeinschaften verfolgt, zeitweise blutig, zeitweise „nur“ administrativ. 1985 waren alle Religionsgemeinschaften in einer erbärmlichen Lage. Zwei Religionsgesetze im Jahre 1990 gewährten endlich Religionsfreiheit, Gorbatschow wusste – damals noch Generalsekretär der KPdSU –, dass seine Perestroika nicht auf die Gläubigen verzichten konnte. Ein „religiöser Boom“ in Gestalt von zahlreichen Taufen bestätigte seine Einschätzung und hielt bis etwa 1992 an. Auch danach, als der Trend abflachte, war allen politischen Gruppierungen und Parteien klar, dass jegliche Polemik gegen die Religion die Zahl ihrer Wähler dezimierte.

Hinzu kam, dass dem Moskauer Patriarchat nicht nur ein Schulterschluss mit Präsident und Regierung gelungen war. Nach Umfragen genießt es auch in der russischen Bevölkerung das höchste Vertrauenspotenzial – höher als jede andere Institution.

Die Kommunisten, die ihre in der Verfassung von 1977 garantierte Führungsrolle 1990 verloren hatten, wurden sich klar darüber, dass sie ihren früheren Feindkurs gegen die Religionsgemeinschaften ändern mussten. Es folgten Erklärungen der kommunistischen Parteien, dass sie für die Religionsfreiheit seien. Es entstand eine Gruppe „Christen für den Kommunismus“. Und selbst im Moskauer Patriarchat, das seine Distanz zu den Kommunisten betonte, erschienen „rote Väterchen“, die Anhänger der Kommunisten waren beziehungsweise noch sind.

„Gen des Kollektivismus“

Unter den kommunistischen Parteien findet man offene Religionsfeinde in den Splitterparteien Kommunistische Allunionspartei der Bolschewiki (Nina Andrejewa) und Werktätiges Russland (V. Anpilow). Seit 1992 hat sich jedoch offensichtlich bei den meisten Kommunisten die Überzeugung durchgesetzt, dass man zumindest auf die orthodoxen Christen Rücksicht nehmen muss. Zwei Argumentationsstränge findet man seither auf kommunistischer Seite. Eine Begründung lautet, dass Kommunismus und Christentum einander ähnlich sind beziehungsweise ähnliche Ziele anstreben. Die andere Argumentation schmeichelt der orthodoxen Kirche, sie habe das „Gen des Kollektivismus“ über Jahrhunderte gehütet, das jetzt auch durch andere Konfessionen gefährdet sei.

Der Bund kommunistischer Parteien, der nach der Amnestie vom Jahre 1994 in die politische Arena zurückkehrte, hielt 1995 einen Parteitag ab, den er als XXX. bezeichnete und damit die Nachfolge der KPdSU beanspruchte. In seinem Programm hieß es unter anderem: „Die Kommunisten gehen davon aus, dass im Namen der Rettung Russlands, der Wiederrichtung der Sowjetunion, eines angemessenen Lebens der Werktätigen zwischen Kommunisten und religiösen Bekenntnissen Beziehungen eines Zusammenwirkens sein könnten, wie das auch während bestimmter Perioden der Sowjetmacht gewesen ist.“ Allerdings wird nicht erklärt, welches Zusammenwirken in welcher Periode gemeint ist.

Die KPRF war 1990 gegründet, 1991 verboten und 1992 wieder zugelassen worden. 1993 wurde G. Sjuganow zu ihrem Anführer gewählt, der Mitbegründer der Front der nationalen Rettung und des Russischen nationalen Sobor war. Er hatte Gorbatschow zwar erbittert bekämpft, gleichzeitig jedoch – zum Beispiel in der Frage des Privateigentums – eine undogmatische Haltung eingenommen.

Moralkodex ohne Unterschied?

Noch vor der Dumawahl im Jahre 1995 kam Sjuganows Buch *Derschawa* (Staat oder Macht) heraus. Darin berichtete Sjuganow, er habe sich mit dem Koran und der Bibel befasst und wolle nicht die alten Fehler gegenüber der Religion wiederholen. Der „Moralkodex der Erbauer des Kommunismus“ (vom Jahre 1961) sei identisch mit den sittlichen Geboten des Christentums. Zu diesem Zeitpunkt muss Sjuganow wohl zu der Entscheidung gekommen sein, einen Schulterschluss mit der orthodoxen Kirche zu versuchen, um Wähler zu gewinnen.

Kommunisten werben um Christen

Am 29. September 1995 sagte Sjuganow in einem AP-Interview: „Der erste Kommunist war Jesus Christus.“ Die Partei Sjuganows ging als Sieger aus der Dumawahl 1995 hervor. Eine Untersuchung erbrachte, dass auch viele Christen für sie gestimmt hatten. Auch für die Präsidentenwahl hatte sich Sjuganow aufstellen lassen. 1996 veröffentlichte er das Buch *Russland – meine Heimat. Die Ideologie des staatlichen Patriotismus*. Darin lobte er die orthodoxe Kirche als „Wahrerin der völkischen Ideale und Heiligtümer“, die „Symphonie“ von Staat und Kirche in der Vergangenheit.

In der *Prawda Rossii* (18. April 1996) war über die die Position der KPRF zur Religion unter anderem zu lesen: „Die KPRF verurteilt die politischen Repressionen der Vergangenheit, die Verfolgung von Gläubigen und die Begrenzung ihrer Rechte... Sie (die Partei) erklärt, dass etwas Ähnliches sich niemals in Zukunft wiederholen wird...“ Als es dem Moskauer Patriarchat gelang, eine Neufassung des Religionsgesetzes im Jahre 1997 durchzubringen, wurden dadurch die Möglichkeiten vor allem der Sekten erheblich eingeschränkt. Die Kommunisten in der Duma hatten dieses Gesetz unterstützt, denn auch sie bekämpften „schädliche“ Einflüsse aus dem Ausland.

Gewaltiges Stimmenreservoir

Einige Monate vor den Dumawahlen des Jahres 1999 veröffentlichte Sjuganow eine mehr als hundertseitige Broschüre *Glaube und Treue. Russische Orthodoxie und Probleme der Wiedergeburt Russlands*. Auf dem Einband des Buches ist eine orthodoxe Kirche abgebildet. In dieser Schrift verherrlichte er unter anderem Stalin, warb jedoch gleichzeitig um eine „Zusammenarbeit der Führer der traditionellen Konfes-

sionen des Landes“ (also nicht nur der orthodoxen Kirche). Allerdings räumte er der orthodoxen Kirche eine Art patriotische Vorrangstellung ein: „Eine unschätzbare Hilfe kann uns die russisch-orthodoxe Kirche bieten...“ Er sah offensichtlich die orthodoxe Kirche als gewaltiges Stimmenreservoir an. Die Schrift wurde an orthodoxe Bischöfe verschickt mit der Bitte um Ergänzungsvorschläge.

Die satirische Zeitschrift *Krokodil* (11/99) verulkte Sjuganow mit einer Karikatur. Sie zeigt Sjuganow, der mit dem linken Arm Marx, mit dem rechten einen Heiligen umschlingt. Im August hatte Sjuganow bei den Feierlichkeiten zum 275. Gründungstag von Susdal geäußert, er sei sich der „enormen Rolle, die die orthodoxe Christenheit bei der Wiedergeburt Russlands spiele, bewusst, und die Gläubigen und die Politiker, die Patriotismus empfinden, müssen sich zusammenschließen“.

Auch andere Politiker boten dem Moskauer Patriarchat ihre Hilfe an. Im März 1999 war der PDS-Vorsitzende Gregor Gysi in Moskau. Er bot ziemlich unverhohlen dem Moskauer Patriarchat seine Unterstützung bei der Rückerstattung von „Kirchenwerten“ in Deutschland an und erwähnte auch das Problem der Sekten, „dass sich ebenso scharf in der Bundesrepublik stellt“. Ob das in Absprache mit Sjuganow geschehen ist, kann man nur vermuten, aber nicht beweisen.

Als im Oktober über die Feierlichkeiten anlässlich des 2000-jährigen Bestehens der Christenheit beraten wurde, sagte A. Logi now aus der Präsidentenadministration – mit Blick auf die Feierlichkeiten in Bethlehem: „Es wird davon ausgegangen, dass auch Präsident Boris Jelzin an diesen Feierlichkeiten teilnehmen wird.“

Sjuganows Broschüre war an die Bischöfe zusammen mit einem persönlichen Brief

versandt worden. Die meisten Bischöfe schwiegen, um sich nicht in politische Affären hineinziehen zu lassen. Einige jedoch antworteten.

Bischof Gawriil (Stebljutschenko), der schon einmal von der Kirchenleitung zu dreijährigem Aufenthalt in einem Kloster verurteilt worden war, begrüßte die Schrift als „wissenschaftliche Analyse“ und wünschte Sjuganow „gesegneten Erfolg“ in seinem „schwierigen Wirken für das Wohl unseres Vaterlandes“. Erzbischof Melchisedek (Lebedew) würdigte ebenfalls die wissenschaftliche Analyse und schrieb: „Ich denke, dass diese Veröffentlichung Ihre Autorität unter den orthodoxen Gläubigen erhöht.“ Erzbischof Juwenalij (Tarasow) erwiderte: „Ich bedauere aufrichtig, dass ich mich nicht zu Ihren unbedingten Anhängern rechnen kann.“

Klar und deutlich hat sich Metropolit Gedeon (Dokunin) ausgesprochen: Bevor sich die Kommunisten nicht völlig von der marxistischen Ideologie lossagen, und der bisherigen Tätigkeit der kommunistischen Partei, können sie keine annehmbaren Partner der Kirche sein. Offensichtlich, so schrieb er weiter, gehe es hier nur um eine „Stärkung der Position im politischen Kampf“. Allerdings muss man zur Erläuterung hinzufügen, dass Metropolit Gedeon eine repräsentative Demokratie ablehnt und den Politikern rät, alle Macht freiwillig dem Patriarchat zu überlassen.

Sicherlich haben auch bei der Dumawahl 1999 zahlreiche Christen für Sjuganow ge-

stimmt. Man darf unterstellen, dass sie damit nicht den kommunistischen Vorstellungen Beistand leisten, sondern ihren Protest gegen die Regierungspolitik zum Ausdruck bringen wollten.

Warnende Stimmen vor einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten hat es in der orthodoxen Kirche – neben den erwähnten „roten Väterchen“ – gegeben. So hatte Abt Wenjamin, Dozent der St. Petersburger Geistlichen Akademie, in der „Iswestija“ (25. Juni 1996) gewarnt: „Heute stammeln sie irgendetwas von ‚Vielfalt der Eigentumsformen‘, von Glaubensfreiheit und Demokratie, das heißt, sie sagen sich im Grunde von den ‚Ecksteinen‘ ihrer Lehre los. Aber sie tun das nur wegen ihrer gegenwärtigen Schwäche. Ja, ihr ‚Schöpfer‘ hat ihnen das Prinzip einer politischen Mimikry hinterlassen, einer zeitweiligen Kompromisses mit den Opponenten, um später mit ihnen abzurechnen.“

Am 19. Dezember 1999 fand die Wahl statt. Drei Tage darauf wurde der 120. Jahrestag der Geburt Stalins begangen. Sjuganow besuchte mit anderen Genossen der KPRF das Lenin-Mausoleum und legte danach am Grab Stalins einen Kranz nieder. Er erklärte Journalisten gegenüber, Stalin sei nicht nur der größte Staatsmann des zwanzigsten Jahrhunderts, sondern der gesamten russischen Geschichte gewesen. Es habe auch „tragische Ereignisse im Leben des Landes, auch im Leben Stalins gegeben“. Die Partei habe jedoch die Repressalien und Rechtsverstöße in den fünfziger Jahren verurteilt.

Vorzug

„Ein skeptischer Katholik ist mir lieber als ein gläubiger Atheist.“

Kurt Tucholsky (1890–1935)